



Niederschrift

über den öffentlichen Teil der 22. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Kreistages
am 22.06.2011
in Bremervörde, Kreishaus, großer Sitzungssaal

Teilnehmer:

Mitglieder des Kreistages

Kreistagsvorsitzender Abg. Reinhard Brünjes
Landrat Hermann Luttmann
Abg. Heinz-Günter Bargfrede
Abg. Renate Bassen
Abg. Angela van Beek
Abg. Henri Blanken bis 13.15 Uhr
Abg. Ralf Borngräber ab 9.20 Uhr
Abg. Hans-Cord Graf von Bothmer ab 9.10 Uhr
Abg. Doris Brandt
Abg. Hedda Braunsburger ab 9.20 Uhr
Abg. Günter Brunkhorst
Abg. Rüdiger Bruns
Abg. Reinhard Bussenius bis 13.55 Uhr
Abg. Heinz-Friedrich Carstens
Abg. Detlef Cordes
Abg. Dirk Detjen bis 13.30 Uhr
Abg. Klaus Dreyer
Abg. Hans-Heinrich Ehlen bis 11.45 Uhr
Abg. Hans-Hermann Engelken
Abg. Dr. Hein-Arne zum Felde
Abg. Reinhard Frick
Abg. Dr. Peter Fröhlich
Abg. Barbara Frömming
Abg. Erich Gajdzik
Abg. Heinz-Dieter Gebers
Abg. Hans-Klaus Genter-Mickley
Abg. Ingrid Grimm
Abg. Ute Gudella-de Graaf bis 13.15 Uhr
Abg. Gerhard Holsten
Abg. Hans-Joachim Jaap bis 13.30 Uhr
Abg. Hinrich Kackmann
Abg. Rudolf Kahrs
Abg. Karl-Hans Keller
Abg. Lühr Klee bis 13.00 Uhr
Abg. Hans-Jürgen Krahn

Abg. Volker Kullik
Abg. Thomas Lauber
Abg. Rolf Lüdemann
Abg. Klaus Mangels
Abg. Jan-Christoph Oetjen
Abg. Angelus Pape
Abg. Bernd Petersen
Abg. Karlheinz Poredda
Abg. Marc Reuter
Abg. Claus Riebesehl
Abg. Jürgen Rudolph
Abg. Detlef Steppat
Abg. Reinhard Trau
Abg. Elke Twesten
Abg. Manfred Wernecke
Abg. Bernd Wölbern

ab 9.15 Uhr

Verwaltung

Erster KR Dr. Torsten Lühring
KR Sven Höhl
KVD'in Heike von Ostrowski
KVD Markus Pragal
Frau Marianne Schmidt
KOAR Gerd Fricke
VA Jochen Twiefel

Entschuldigt:

Mitglieder des Kreistages

Abg. Marcus Blanken
Abg. Hartmut Leefers
Abg. Helmut Ringe
Abg. Christian Sonnenwald

Tagesordnung:

a) öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
- 1.1 Verleihung des Ehrenzeichens in Gold des Landkreises Rotenburg (Wümme) an Frau Dr. Elfriede Bachmann
- 2 Feststellung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift über die 21. Sitzung des Kreistages am 24.03.2011
- 4 Bericht über wichtige Beschlüsse des Kreisausschusses
- 5 Bericht des Landrates über wichtige Angelegenheiten

- 6** Jahresabschluss 2009
 - a) Beschluss über die Jahresabschlüsse 2009 des Landkreises und der Nettoregiebetriebe Abfallwirtschaft und Rettungsdienst
 - b) Entlastung des Landrates 2009
 - c) Beschluss über die Ergebnisverwendung der Jahresergebnisse 2009Vorlage: 2006-11/1140

- 7** Einrichtung der Stelle eines ehrenamtlichen Integrationsbeauftragten beim Landkreis Rotenburg (Wümme);
 - a) Antrag der CDU/FDP-Arbeitsgruppe vom 24.02.2011,
 - b) Änderungs-/Ergänzungsantrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 09.05.2011Vorlage: 2006-11/1095/1

- 8** Satzung über die Sicherung und Nutzung des Archivgutes des Landkreises Rotenburg (Wümme)
(Behandlung des Tagesordnungspunktes in plattdeutscher Sprache)
Vorlage: 2006-11/1121

- 9** Rettungsdienst: Aktueller Stand der Verhandlungen mit den Krankenkassen und der daraus resultierenden Entgeltvereinbarung/Satzung
Vorlage: 2006-11/1112

- 10** Förderrichtlinie "Einführung von Automatischen Externen Defibrillatoren (AED) im Landkreis Rotenburg (Wümme)"
Vorlage: 2006-11/1111

- 11** Verwaltungshandreichung des Landkreises Rotenburg (Wümme) über die Gewährung von sicheren Verhütungsmitteln an Leistungsempfänger nach dem SGB II und AsylbLG
Vorlage: 2006-11/1135

- 12** Weiterentwicklung der Schulstruktur im Landkreis Rotenburg (Wümme)
Vorlage: 2006-11/1101/1

- 13** Geplante Deponie Haaßel
Vorlage: 2006-11/1154

- 14** Antrag der CDU/FDP-Arbeitsgruppe vom 04.02.2011: Mehr Bürgernähe der Landkreisarbeit
Vorlage: 2006-11/1079/1

- 15** Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 23.03.2011: Abschiebestopp für bedrohte Minderheiten
Vorlage: 2006-11/1125

- 16** Antrag der CDU/FDP-Gruppe vom 16.05.2011: Einrichtung einer Arbeitsgruppe zur Planung des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) im Landkreis Rotenburg (Wümme)
Vorlage: 2006-11/1144

- 17** Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 16.05.2011: Entwicklung eines Klimaschutzkonzeptes
Vorlage: 2006-11/1156

- 18** Anfragen

- 19** Einwohnerfragestunde

Punkt 1 der Tagesordnung: **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit**

Kreistagsvorsitzender Brünjes eröffnet die Sitzung um 9.05 Uhr und stellt fest, dass der Kreistag nach ordnungsgemäßer Einladung beschlussfähig ist.
Die Kreistagsabgeordneten M. Blanken, Leefers, Ringe und Sonnenwald fehlen entschuldigt.

Kreistagsvorsitzender Brünjes begrüßt die Zuhörer, die Vertreter der Presse und der Verwaltung.

Abg. Graf von Bothmer nimmt ab 9.10 Uhr an der Sitzung teil.

Punkt 1.1 der Tagesordnung: **Verleihung des Ehrenzeichens in Gold des Landkreises Rotenburg (Wümme) an Frau Dr. Elfriede Bachmann**

Landrat Luttmann nimmt die Ehrung von Frau Dr. Bachmann vor. Nach einer ausführlichen Würdigung ihres Engagements und ihrer Verdienste um das Wohl und das Ansehen des Landkreises Rotenburg (Wümme) überreichen Landrat Luttmann und Kreistagsvorsitzender Brünjes Frau Dr. Bachmann die Urkunde und das Ehrenzeichen in Gold des Landkreises.

Abg. Twesten nimmt ab 9.15 Uhr an der Sitzung teil.

Punkt 2 der Tagesordnung: **Feststellung der Tagesordnung**

Die Tagesordnung wird einstimmig in der vorstehenden Reihenfolge festgestellt.

Punkt 3 der Tagesordnung: **Genehmigung der Niederschrift über die 21. Sitzung des Kreistages am 24.03.2011**

Beschluss:

Die Niederschrift über die 21. Sitzung des Kreistages am 24.03.2011 wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	48
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	1

Punkt 4 der Tagesordnung: **Bericht über wichtige Beschlüsse des Kreisausschusses**

Landrat Luttmann verweist auf die an die Abgeordneten verteilte Tischvorlage und berichtet wie folgt:

Seit der letzten Kreistagssitzung am 24.03.2011 sei der Kreisausschuss am 04.05., 17.05. und 09.06.2011 zu Sitzungen zusammengetreten. Neben Vergabe-, Vertrags- und Personalangelegenheiten seien im Wesentlichen Empfehlungen für die heutige Kreistagssitzung beschlossen worden. Es seien folgende Beschlüsse von allgemeiner Bedeutung gefasst worden:

1. Die Schulträger würden die in der Anlage aufgeführten Zuwendungen aus der Kreis-schulbaukasse für die notwendigen Schulbaukosten erhalten. Die Mittel seien im Haus-halt 2012 bereit zu stellen.
2. Der Landkreis Rotenburg (Wümme) erkläre das nach der Verwaltungsvereinbarung mit der Samtgemeinde Tarmstedt erforderliche Einvernehmen für die Außensportanlage bei der KGS Tarmstedt, die erforderlichen Mittel (Landkreisanteil ca. 217.000 Euro) seien im Haushalt 2012 bereit zu stellen.
3. Für notwendige Verkehrssicherheitsmaßnahmen werde den Gemeinden Hellwege (Fahr-bahnteiler mit Überquerungshilfe) und Fintel (Minikreisel mit Fußgängerüberwegen) ein Zuschuss von jeweils 5.000 Euro gewährt.
4. Unter der Voraussetzung einer gleichen Kostenbeteiligung der Stadt Zeven sowie der Verkehrswacht Bremervörde-Zeven werde der Verkehrswacht ein Zuschuss in Höhe von 8.000 Euro für die Erweiterung des Sicherheitstrainingsplatzes in Zeven gewährt.
5. Der Annahme von Zuwendungen von der Kleiderbörse Wilstedt (1.000 Euro für das Frauenhaus Zeven), der Verkehrswacht Bremervörde-Zeven (100 Euro für den Wettbe-werb „Kinder und Jugendliche im Landkreis Rotenburg: Alkohol-frei-willig-ohne“) und dem Verein Pro Zeven e. V. (1.000 Euro für die Janusz-Korczak-Schule, Zeven) werde zuge-stimmt.
6. Der Auftrag zum flächendeckenden Ausbau der Breitbandanbindung im Kreisgebiet sei vergeben worden. Die Widerspruchsfrist in diesem EU-weiten Vergabeverfahren ende am 23.06.2011, weitere Einzelheiten würden in einem Pressegespräch am 30.06.2011 bekannt gegeben.
7. Die Aufträge zum Ausbau der Kreisstraße 113 zwischen Buchholz und Quelkhorn (km 7,820 bis 9,100) sowie zwischen Tarmstedt und Wilstedt (km 0,650 bis 1,210 und km 2,300 bis 2,940), der Kreisstraße 114 zwischen Breddorf und Hepstedt (km 5,470 bis 5,810 und km 7,700 bis 8,100) und der Kreisstraße 119 zwischen Selsingen und Granstedt (km 1,070 bis 2,600) sowie für den Neubau einer Straßenbrücke über die Oste im Zuge der Kreisstraße 148 von Minstedt nach Bremervörde und den Neubau einer Fahrzeughalle auf der Entsorgungsanlage Helvesiek seien vergeben worden.

Punkt 5 der Tagesordnung: Bericht des Landrates über wichtige Angelegenheiten

Der **Landrat** berichtet wie folgt:

1. Ein Exemplar des Verwaltungsberichts des Landkreises Rotenburg (Wümme) für die Wahlperiode 2006 bis 2011 sei allen Abgeordneten auf den Tisch gelegt worden.
2. Entsprechend einer Anregung in der letzten Sitzung des Ausschusses für Sport und Kul-tur am 18.05.2011 seien jeweils zwei Exemplare des Buches „Wie eine Schädeldecke - Walter Kempowskis Haus Kreienhoop“ und der Broschüre „Walter Kempowski in Nartum“ in den Reihen der Kreistagsmitglieder zum Umlauf gegeben worden.

3. Nach Mitteilung der Niedersächsischen Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr werde die Ortsumgehung Elsdorf wesentlich schneller fertig als ursprünglich geplant. Aufgrund der vorzeitigen Fertigstellung wahrscheinlich noch in diesem Jahr sei es notwendig, die bisher im Finanzplan für 2012 vorgesehenen Mittel in Höhe von 3.000.000,00 € ebenfalls bereits in das Jahr 2011 vorzuziehen und dort überplanmäßig bereitzustellen. Die Beschlussfassung hierüber solle im Kreisausschuss am 25. August sowie im Kreistag am 1. September erfolgen. Sofern vorher bereits Gelder benötigt würden, müssten diese notfalls per Eilentscheidung bereitgestellt werden.

Punkt 6 der Tagesordnung:

Jahresabschluss 2009

a) Beschluss über die Jahresabschlüsse 2009 des Landkreises und der Nettoeregietriebe Abfallwirtschaft und Rettungsdienst

b) Entlastung des Landrates 2009

c) Beschluss über die Ergebnisverwendung der Jahresergebnisse 2009

Vorlage: 2006-11/1140

Abg. Holsten weist auf die vorbereitende Beratung im Prüfungsausschuss hin. Die Verwaltung habe gut gearbeitet, es sei eine vorbildliche Dokumentation des Jahresabschlusses vorgelegt worden. Er dankt den Mitarbeitern des Amtes für Finanzen und des Rechnungsprüfungsamtes für die geleistete Arbeit. Die Umstellung auf die Doppik sei hervorragend bewältigt worden, ebenso die Aufstellung der Eröffnungsbilanz. Er bitte um Zustimmung zum vorliegenden Beschlussvorschlag.

Die **Abg. Braunsburger** und **Borngräber** nehmen ab 9.20 Uhr an der Sitzung teil.

Abg. Dreyer schließt sich den Ausführungen an. Mittlerweile seien die Kinderkrankheiten der Doppik behoben worden. Alle Herausforderungen seien gemeistert worden, hier würden die richtigen Mitarbeiter am richtigen Platz sitzen.

Beschluss:

a) Beschluss über den Jahresabschluss: Der Jahresabschluss des Landkreises Rotenburg (Wümme), der Nettoeregietriebe Abfallwirtschaft und Rettungsdienst wird einschließlich der Genehmigung einer überplanmäßigen Auszahlung in Höhe von 12.476,13 € für den Betrieb Rettungsdienst in der vorgelegten Form festgestellt und beschlossen.

b) Entlastung des Landrates: Der Kreistag beschließt gemäß § 65 NLO i. V. m. § 101 Abs. 1 NGO dem Landrat bezüglich der Haushaltsführung 2009 die Entlastung zu erteilen.

c) Beschluss über die Ergebnisverwendung:

Das ordentliche Ergebnis des Landkreises in Höhe von 11.915.605,35 € wird der ordentlichen Überschussrücklage zugeführt.

Das außerordentliche Ergebnis des Landkreises in Höhe von 72.311,69 € wird der außerordentlichen Überschussrücklage zugeführt.

Beim Nettoeregietrieb Rettungsdienst wird der Fehlbetrag im außerordentlichen Ergebnis mit dem ordentlichen Ergebnis verrechnet. Das Gesamtergebnis beträgt insgesamt 0,00 €.

Der Jahresüberschuss des Betriebes Abfallwirtschaft in Höhe von 82.809,74 € wird auf die neue Rechnung vorgetragen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 51
Nein-Stimmen: 0
Enthaltung: 0

Punkt 7 der Tagesordnung: **Einrichtung der Stelle eines ehrenamtlichen Integrationsbeauftragten beim Landkreis Rotenburg (Wümme);**
a) Antrag der CDU/FDP-Arbeitsgruppe vom 24.02.2011,
b) Änderungs-/Ergänzungsantrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 09.05.2011
Vorlage: 2006-11/1095/1

Abg. Bargfrede führt aus, aufgrund der zahlreichen Migranten im Landkreis komme der Integration immer größere Bedeutung zu. Nachdem bereits viele Personen ehrenamtlich in diesem Bereich engagiert seien, solle auch der Landkreis Flagge zeigen und die Stelle eines ehrenamtlichen Integrationsbeauftragten einrichten. In einigen anderen Landkreisen sei bereits ähnlich verfahren worden. Herr Sarigül sei für diese Aufgabe, auch wegen seiner Kenntnisse der kurdischen und türkischen Sprache, hervorragend geeignet und er sei überzeugt, dass Herr Sarigül gute Arbeit für den Landkreis leisten werde. Als angemessene Aufwandsentschädigung habe der Kreisausschuss zunächst einen Pauschalbetrag von 300 Euro incl. Nebenkosten beschlossen. Die Entschädigungssatzung für ehrenamtlich Tätige solle zunächst unverändert bleiben. Erst nach dem Antrag seiner Fraktion habe die SPD-Fraktion ihren Änderungs-/Ergänzungsantrag gestellt. Die darin beantragten 4 ehrenamtlichen Integrationsbeauftragten halte er für überzogen. Er bitte um Zustimmung zur Beschlussempfehlung des Kreisausschusses.

Abg. Wölbern teilt die Ansicht der CDU-Fraktion in Bezug auf die Eignung von Herrn Sarigül. Es sei positiv, dass Integration jetzt ein Thema im Kreistag sei. Nach seiner Auffassung könne Herr Sarigül wegen der Größe des Kreisgebietes jedoch möglicherweise seiner Aufgabe nicht voll gerecht werden. Deswegen habe die SPD-Fraktion einen Änderungs-/Ergänzungsantrag gestellt. Dieser Antrag werde aufrechterhalten, jedoch sollten drei ehrenamtliche Integrationsbeauftragten für den Landkreis berufen werden. Damit könne man auch Problemsituationen in anderen kulturellen Gruppen eher gerecht werden.

Auch **Abg. Borngräber** hält Herrn Sarigül für den richtigen Mann. Dennoch sei der Antrag der CDU/FDP-Gruppe kritisch zu sehen. Er habe Zweifel, ob eine Stelle für den großen Landkreis ausreichend sei. Auch die Aufwandsentschädigung von 300 Euro halte er wegen der anfallenden Fahrtkosten für zu gering. Er bezeichnet dies als ein Billigmodell auf Kosten von Herrn Sarigül und der Migranten im Landkreis und spricht sich für die Benennung von mehreren Integrationsbeauftragten aus. Dies auch wegen möglicher Migrationsprobleme in anderen Kulturkreisen.

Abg. Frömming hält eine weibliche Person als Ansprechpartner für Problemlagen in bestimmten Kulturkreisen für wichtig.

Abg. Lauber erklärt, seine Fraktion werde sowohl dem SPD-Antrag und auch dem Antrag der CDU/FDP-Gruppe zustimmen. Er finde die Argumente der SPD gut. Es sei aber wichtig, dass in Sachen Integration überhaupt etwas getan werde.

Nach Ansicht des **Abg. Dr. Fröhlich** solle Herr Sarigül zunächst seine Arbeit aufnehmen. Dann werde man sehen, wie sich die Angelegenheit entwickle. Anschließend könne entschieden werden, wie man damit umgehen wolle.

Abg. Steppat begrüßt, dass die CDU/FDP-Gruppe diese Thematik angestoßen habe. Er findet die Argumente der SPD hinsichtlich eines weiblichen Ansprechpartners und der Berücksichtigung anderer Kulturkreise wichtig und unterstützt deshalb den SPD-Antrag.

Abg. Bargfrede weist darauf hin, dass es im Landkreis bereits ein breites Netzwerk an Integrationsbeauftragten von verschiedenen Stellen bzw. Institutionen gebe. Herr Sarigül werde die Aufgabe nicht allein zu bewältigen haben. Die Höhe der Aufwandsentschädigung sei im Kreisausschuss diskutiert worden, man habe sich auf einen Betrag von zunächst 300 Euro verständigt. Nach Vorlage eines ersten Tätigkeitsberichts des Integrationsbeauftragten solle hierüber neu beraten werden.

Abg. Wölbern erklärt, als Integrationsbeauftragter des Landkreises sei eine Person für das Kreisgebiet zuwenig. Mit dem Betrag von 300 Euro habe man im Kreisausschuss einen Kompromiss gefunden, nicht alle Mitglieder seien mit der Höhe des Betrages einverstanden gewesen.

Anschließend erfolgt die Abstimmung über den Antrag der SPD-Kreistagsfraktion auf Einrichtung von drei ehrenamtlichen Integrationsbeauftragten. Dieser Antrag wird mit 19 Ja- und 32 Nein-Stimmen abgelehnt.

Danach folgt die Abstimmung über die vorliegende Beschlussempfehlung des Kreisausschusses.

Beschluss:

1. Zum nächstmöglichen Zeitpunkt wird die Stelle eines ehrenamtlichen Integrationsbeauftragten für den Landkreis Rotenburg (Wümme) eingerichtet.
2. Die Stelle des Integrationsbeauftragten wird mit Herrn Hüseyin Sarigül besetzt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	40
Nein-Stimmen:	1
Enthaltung:	10

Punkt 8 der Tagesordnung: **Satzung über die Sicherung und Nutzung des Archivgutes des Landkreises Rotenburg (Wümme)**
(Behandlung des Tagesordnungspunktes in plattdeutscher Sprache)
Vorlage: 2006-11/1121

Abg. Bargfrede erklärt, über die Notwendigkeit einer Satzung für das Archiv des Landkreises bestehe im Kreistag sicherlich Einigkeit. Er begrüßt, dass das Kreisarchiv jetzt auch mit eigenen Räumlichkeiten in Rotenburg präsent sei.

Abg. Petersen führt aus, der Landkreis sei in die Bresche gesprungen, als der Heimatbund Rotenburg in Schwierigkeiten geraten sei. Wichtig sei, dass die Archivalien aufbewahrt und gesichert würden.

Kreistagsvorsitzender Brünjes weist darauf hin, dass dies zu den gesetzlichen Aufgaben des Landkreises gehöre.

Beschluss:

Die Kreisarchivsatzung wird in der beigefügten Fassung beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	51
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

Punkt 9 der Tagesordnung: **Rettungsdienst: Aktueller Stand der Verhandlungen mit den Krankenkassen und der daraus resultierenden Entgeltvereinbarung/Satzung**
 Vorlage: 2006-11/1112

Beschluss:

Die Entgeltvereinbarung zwischen dem Landkreis Rotenburg (Wümme) und den Krankenkassen sowie die Satzung über die Erhebung von Gebühren für den Rettungsdienst und den Krankentransport im Landkreis Rotenburg (Wümme) werden in den vorliegenden Fassungen beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	51
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

Punkt 10 der Tagesordnung: **Förderrichtlinie "Einführung von Automatischen Externen Defibrillatoren (AED) im Landkreis Rotenburg (Wümme)"**
 Vorlage: 2006-11/1111

Abg. Dr. Fröhlich erklärt, er habe bereits in der Kreistagssitzung im Mai 2009 auf die Notwendigkeit einer flächendeckenden Einführung von AED's hingewiesen und bedankt sich für die Unterstützung seines Anliegens.

Abg. Petersen bedankt sich bei Herrn Dr. William für die geleistete Beratung und Unterstützung. Lehrgänge für die Handhabung der Geräte sind nach seiner Auffassung sehr wichtig.

Beschluss:

Die Förderrichtlinie „Einführung von Automatischen Externen Defibrillatoren (AED) im Landkreis Rotenburg (Wümme)“ wird in der vorliegenden Form beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	51
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

Punkt 11 der Tagesordnung: **Verwaltungshandreichung des Landkreises Rotenburg (Wümme) über die Gewährung von sicheren Verhütungsmitteln an Leistungsempfänger nach dem SGB II und AsylbLG**
 Vorlage: 2006-11/1135

Abg. Twesten geht auf die derzeitige Situation von ALG II-Bezieherinnen ein, die die Kosten für Verhütungsmittel aus dem Regelsatz bestreiten müssten. Darüber hinaus würden diese nur aufgrund ärztlicher Verordnung nach den Richtlinien der Krankenkassen gezahlt. Dieses Thema dürfe nicht unter ökonomischen Gesichtspunkten diskutiert werden. Die Regelsätze seien nicht ausreichend, die betroffenen Frauen könnten sich eine sichere Verhütung oftmals

nicht leisten. Mehrere Landkreise und kreisfreie Städte in Niedersachsen hätten bereits eine vergleichbare Regelung zur Übernahme der Kosten für Verhütungsmittel beschlossen. Sie begrüßt die Absicht des Landkreises, hier ebenfalls tätig zu werden. Eigentlich sei der Bund zuständig, von dort werde aber nichts unternommen. Die Fraktion B90/GRÜNE begrüße die vorgesehene Regelung und werde dem Beschlussvorschlag zustimmen.

Abg. Brandt erklärt, wegen der in der Verwaltungshandreichung vorgesehenen unterschiedlichen Voraussetzungen der Berechtigung werde sie dem Beschlussvorschlag nicht zustimmen. Sie spricht dazu die Regelung zu 2. Buchst. d) der Handreichung an, wonach eine Berechtigung nur bestehe, wenn die Hilfesuchende das 25. Lebensjahr noch nicht vollendet und keinen Schul- oder Berufsabschluss erreicht habe. Nach ihrer Ansicht müssten alle Frauen gleich behandelt werden. Es dürfe keine Selektion erfolgen.

Auch **Abg. Brunkhorst** erklärt, er werde der Regelung aus grundsätzlichen Erwägungen nicht zustimmen.

Abg. Bargfrede hält den Einwand der Abg. Brandt für nicht unberechtigt und bittet um eine Erläuterung der Verwaltung hierzu. Grundsätzlich sei es positiv, dass der Landkreis hier tätig werde.

KVD Pragal führt aus, es sei nicht Sinn der Regelung, sämtliche Verhütungsmittel für ALG II-Empfänger zu zahlen und damit faktisch den Regelsatz aufzustocken. Die Hilfe solle auf bestimmte Fallkonstellationen, in denen eine außergewöhnliche Belastung vorliege, und bestimmte Verhütungsmittel begrenzt werden. Hierzu sei bereits ausführlich im Sozialausschuss berichtet worden.

Abg. Frömming zitiert die in der Verwaltungshandreichung aufgeführten Voraussetzungen und spricht ebenfalls von einer Selektion, der sie nicht zustimmen könne. Sie beantragt deshalb, Punkt 2. der Verwaltungshandreichung zu streichen.

Landrat Luttmann erklärt, diese Diskussion hätte im Fachausschuss geführt werden sollen. Der Landkreis trete in diesen Fällen freiwillig anstelle der Bundesleistungen ein. Wenn die Leistungen für sämtliche Hilfeempfänger gewährt werden sollten, würden die vom Kreistag bereitgestellten finanziellen Mittel nicht ausreichen. Er bitte, der Beschlussempfehlung zu folgen.

Auf eine Nachfrage der **Abg. Twesten** zur Anspruchsberechtigung von Frauen und Männern führt **KVD Pragal** aus, die Verhütung betreffe beide Partner. Intention der vorgesehenen Regelung sei, dass der Landkreis nur in besonderen Fällen eintrete. Die unter Punkt 2. der Verwaltungshandreichung genannten außergewöhnlichen Belastungen seien nicht abschließend.

Auch **Abg. Oetjen** meint, es sollten ggf. weitere besondere Situationen berücksichtigt werden können. Er schlägt vor, zunächst über die Verwaltungshandreichung ohne Punkt 2. abzustimmen und anschließend hierüber erneut im Fachausschuss zu beraten.

Kreistagsvorsitzender Brünjes lässt zunächst über den Antrag der Abg. Frömming auf Streichung des Punkt 2. der Verwaltungshandreichung abstimmen. Dieser Antrag wird mit 15 Ja-Stimmen und 36 Nein-Stimmen abgelehnt.

Danach wird über die vorliegende Beschlussempfehlung des Kreisausschusses abgestimmt.

Beschluss:

Der Verwaltungshandreichung zur Gewährung eines Mehrbedarfs für Verhütungsmittel an Leistungsberechtigte nach dem SGB II, SGB XII und AsylbLG im Landkreis Rotenburg (Wümme) wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	41
Nein-Stimmen:	3
Enthaltung:	7

Punkt 12 der Tagesordnung: **Weiterentwicklung der Schulstruktur im Landkreis Rotenburg (Wümme)**
Vorlage: 2006-11/1101/1

Landrat Luttmann führt aus, die Landesschulbehörde habe die Errichtung von sieben Oberschulen in Gnarrenburg, Lauenbrück, Oerel, Scheeßel, Selsingen, Zeven und Visselhövede zum 1. August 2011 genehmigt. Für die Standorte Gnarrenburg, Zeven und Visselhövede sei zusätzlich die Erweiterung um ein gymnasiales Angebot genehmigt worden.

Der Kreistag nimmt von der getroffenen Eilentscheidung gemäß § 60 NLO und dem in der Sitzungsvorlage dargestellten Sachverhalt Kenntnis.

Punkt 13 der Tagesordnung: **Geplante Deponie Haaßel**
Vorlage: 2006-11/1154

Abg. Kullik führt aus, das große öffentliche Interesse an der Angelegenheit, sei auch ein Grund für den Antrag der SPD-Fraktion auf Behandlung dieses Tagesordnungspunktes in der heutigen Sitzung gewesen. Bisher sei über die geplante Deponie Haaßel nicht im Kreistag beraten worden. Er bedankt sich bei der Verwaltung für die kurzfristige Beantwortung des Fragenkatalogs seiner Fraktion und bittet um einen Sachstandsbericht durch die Verwaltung. **Landrat Luttmann** berichtet über ein Gespräch beim Gewerbeaufsichtsamt Lüneburg am 07.06.2011. Dabei sei deutlich geworden, dass die Behandlung der Angelegenheit aus rechtlicher Sicht zwar in Ordnung und nicht zu beanstanden gewesen sei, die Öffentlichkeitsbeteiligung aber überdacht werden müsse. Die Firma Kriete habe erklärt, die kleine Deponielösung weiter verfolgen zu wollen und beabsichtige hierzu Vertreter aller Beteiligten zu einem „runden Tisch“ einzuladen.

Auf Anregung des **Abg. Kullik** trägt **Landrat Luttmann** die Fragen der SPD-Kreistagsfraktion mit den Antworten der Verwaltung vor *(der Fragenkatalog mit den Antworten der Verwaltung war allen Abgeordneten auf den Tisch gelegt worden und ist dem Protokoll nochmals als Anlage beigefügt)*.

Der **Landrat** weist ergänzend darauf hin, dass der Grundstücksverkauf des Landkreises seinerzeit auch im Grundstücksverkehrsausschuss behandelt worden sei. Vom Landvolkverband Bremervörde sei mitgeteilt worden, dass an den Flächen kein landwirtschaftliches Interesse bestehe.

Abg. Kullik erklärt, aufgrund der Antworten der Verwaltung ergebe sich noch Beratungsbedarf in der SPD-Fraktion. Er bittet um eine Unterbrechung der Sitzung.

Kreistagsvorsitzender Brünjes unterbricht die Sitzung von 10.25 Uhr bis 10.35 Uhr.

Im Anschluss erklärt **Abg. Dreyer**, aus den Antworten der Verwaltung hätten sich mehrere Fragen ergeben. Er möchte wissen, in welcher Form die betreffenden Flächen vor dem Verkauf an die Firma Kriete anderen Interessenten angeboten worden seien. Dass das Amt für Naturschutz- und Landschaftspflege im April 2010 Kenntnis von den geänderten Plänen der Firma Kriete gehabt habe ohne dass die Verwaltungsspitze des Landkreises davon Kenntnis erlangt habe, bezeichnet er als einen unglaublichen Vorgang. Der Kreisausschuss sei sogar erst im Mai 2011 unterrichtet worden. Er fragt, ob die Rücktrittsmöglichkeit aus dem Grundstückskaufvertrag für beide Seiten bestehe. Sollte dies der Fall sein, würden sich nach seiner Ansicht keine Schadenersatzansprüche ergeben.

Landrat Luttmann führt aus, die Grundstücke seien den übrigen Interessenten schriftlich angeboten worden. In der Landkreisverwaltung seien ständig eine ganze Reihe von Genehmigungsverfahren zu bearbeiten, in denen nicht in jedem Fall die Führungsebene (Landrat, Dezernenten) beteiligt werden müsse. Da in diesem Fall der Landkreis nicht Genehmigungsbehörde war, sei die Tragweite der Angelegenheit möglicherweise auf Sachbearbeiterebene

nicht erkannt worden. Beide Parteien könnten von dem Grundstückskaufvertrag bis Januar 2015 zurücktreten, falls eine Genehmigung nicht erteilt werde.

Nach Ansicht des **Abg. Kullik** ist das Thema Bauschuttdeponie Haaßel nach wie vor in Bewegung. Das Planverfahren ruhe zur Zeit, die Gemeinde Selsingen überlege, dem Landkreis das Grundstück 20/18 abzukaufen und die Firma Kriete wolle zu einem „runden Tisch“ einladen. Der von der SPD-Fraktion eingereichte Fragenkatalog stelle kein Misstrauen gegenüber der Arbeit der Kreisverwaltung dar. Vielmehr habe das gesamte Verfahren eine Eigendynamik bekommen. Die große Deponielösung sei nach seiner Ansicht „gestorben“. Deswegen sei bereits in der Sitzung des Unterausschusses am 11.05.2011 ein neues Verfahren einschließlich eines neuen Suchraumverfahrens empfohlen worden. Offenbar sehe der Landrat dies anders. Der Kreistag habe sich schon im September 2004 endgültig von den Deponieplänen in Haaßel verabschiedet und dort Flächen an einen Landwirt verkauft. Auf den verbliebenen Flächen der ehemals vorgesehenen Hausmülldeponie seien Ausgleichsmaßnahmen für den Naturschutz durchgeführt worden. Alle Beteiligten hätten im aktuellen Verfahren Fehler gemacht. Der Kreistag hätte bei seiner Verkaufsentscheidung die Festlegungen im Abfallwirtschaftskonzept des Landkreises hinsichtlich der Notwendigkeit einer Bauschuttdeponie im Kreisgebiet berücksichtigen müssen. Die Samtgemeinde Selsingen habe versäumt, die Deponieflächen aus ihrem Flächennutzungsplan zu streichen. Kritisch sei zu sehen, dass die Landkreisverwaltung die Politik über das durchgeführte Zielabweichungsverfahren nicht zumindest informiert habe. Schließlich hätte die Firma Kriete nicht hinter dem Rücken der übrigen Beteiligten eine größere Deponielösung planen dürfen. Die notwendige Transparenz in diesem Verfahren sei erst durch die Öffentlichkeit entstanden. Die Unkenntnis des Landkreises über das noch in seinem Eigentum befindliche Grundstück 20/18 sei schließlich der letzte Fehler gewesen. Nach alledem sei der Standort Haaßel nach seiner Auffassung so beschädigt, dass ein kompletter Neuanfang gemacht werden müsse. Auch wenn das gesamte Verfahren rechtlich einwandfrei gelaufen sei, seien die Befürchtungen der Bevölkerung, auch hinsichtlich einer in einer sog. „Salomitaktik“ später entstehenden größeren Deponie durchaus nachvollziehbar. Er plädiert dafür, auch die weiteren Planungen für eine mögliche kleinere Lösung am Standort Haaßel einzustellen. Für die SPD-Fraktion stelle er folgenden Antrag: Die Verwaltung solle prüfen, ob im Landkreis Bedarf für eine Bauschuttdeponie oder eine Deponie Klasse I bestehe, welche Flächengröße und welches Deponievolumen benötigt werde, welche Laufzeit/Verfüllzeit vorgesehen werden solle und ob Bauschutt nur aus dem Kreisgebiet oder auch von außerhalb abgelagert werden solle. Weiter solle geklärt werden, ob der Landkreis oder ein privater Investor Betreiber der Deponie sein solle. Schließlich solle ein neues Suchraumverfahren durchgeführt werden.

Wenn diese Punkte von der Verwaltung geprüft worden seien und sich dabei der Standort Haaßel als geeignet herausstelle, werde die SPD-Fraktion diese Entscheidung mittragen. Der Kreistag sei verpflichtet, Schaden vom Landkreis abzuwenden, dies gelte nicht nur für materiellen bzw. finanziellen Schaden, sondern auch für einen Imageschaden.

Auch **Abg. Bussenius** bemängelt, dass der zuständige Fachausschuss seinerzeit nicht über das von der Kreisverwaltung durchgeführte Zielabweichungsverfahren unterrichtet worden sei. Er weist darauf hin, dass die Planungen für eine Hausmülldeponie am Standort Haaßel mehr als 20 Jahre alt seien. Die Firma Kriete habe dort eine Großraumdeponie zumindest für den gesamten Elbe-Weser-Raum geplant. Der Standort Haaßel ist nach seiner Ansicht nicht mehr haltbar, auch nicht für eine kleinere Deponielösung. Auch er könne eine in einer Salomitaktik entstehende größere Deponie nicht ausschließen. Bei einer Neuplanung müsse berücksichtigt werden, dass keine Naturschutzgebiete betroffen sein dürfen, es müssten Alternativstandorte geprüft werden, z. B. auch stillgelegte Industrieflächen. Es solle nur eine Deponie für den regionalen Bedarf entstehen. Der Fraktion BÜNDNIS 90/GRÜNE sei bewusst, dass eine Bauschuttdeponie notwendig sei. Bei der Planung müssten aber auch bereits in anderen Regionen bestehende Bauschuttdeponien sowie eine bessere Verwertung und Vermeidung berücksichtigt werden. Die aktuell anfallenden Restmengen seien viel zu hoch. Wichtig sei eine Beteiligung der Öffentlichkeit. Der angekündigte „runde Tisch“ könne hierfür ein Anfang sein. Der Landkreis solle dieses Vorhaben in Zusammenarbeit mit den Bürgern in Haaßel unterstützen.

Nach Ansicht des **Abg. Bargfrede** waren die Fragen der SPD-Fraktion und die Antworten der Verwaltung allen Beteiligten bereits bekannt, hieraus habe sich nichts Neues ergeben. Das Genehmigungsverfahren werde beim Gewerbeaufsichtsamt in Lüneburg entschieden, der Landkreis gebe in diesem Verfahren lediglich eine Stellungnahme ab. Entscheidend für die Verhinderung der großen Deponielösung sei gewesen, dass der Landkreis sein Grundstück 20/18 nicht verkauft und der Firma Kriete die Nutzung der Zufahrtsstraße nicht gestattet habe. Die Frage nach der Genehmigung für eine kleine Deponielösung könne heute nicht seriös beantwortet werden. Erst nach Beginn eines neuen Planfeststellungsverfahrens werde der Landkreis eine erneute Stellungnahme abgeben müssen. Die Anfragen der Bürgerinitiative aus Haaßel sollten von der Verwaltung beantwortet und die Kreistagsfraktionen hierüber unterrichtet werden.

Abg. Petersen meint, das Verfahren zum Grundstücksverkauf durch den Landkreis sei seinerzeit nicht transparent genug gewesen. Auch nach seiner Ansicht habe in der Sitzung des Umweltausschusses am 11.05.2011 Einigkeit über eine erforderliche neue Prüfung der Standortfrage bestanden. Er spricht sich dafür aus, bei einem neuen Suchraumverfahren auch die Nachbarlandkreise zu beteiligen.

Kreistagsvorsitzender Brünjes erklärt, der Kreistag könne entsprechend der Geschäftsordnung nur über die Verweisung des Antrages der SPD-Fraktion an den zuständigen Fachausschuss beschließen.

Abg. Kullik bittet darum, den Antrag seiner Fraktion als Eilantrag für die Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Naturschutz und Planung am 28.06.2011 zu behandeln.

Beschluss:

Der Antrag der SPD-Kreistagsfraktion wird zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Planung verwiesen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	49
Nein-Stimmen:	1
Enthaltung:	1

Anschließend unterbricht **Kreistagsvorsitzender Brünjes** die Sitzung von 11.15 Uhr bis 11.45 Uhr.

Abg. Ehlen verlässt die Sitzung um 11.45 Uhr.

Punkt 14 der Tagesordnung: **Antrag der CDU/FDP-Arbeitsgruppe vom 04.02.2011: Mehr Bürgernähe der Landkreisarbeit**
Vorlage: 2006-11/1079/1

Abg. Dr. Fröhlich erläutert, der Antrag stelle keine Kritik an der bisherigen Öffentlichkeitsarbeit des Landkreises dar, vielmehr wolle er die Verwaltung unterstützen. Das Wissen der Bürger über die Aufgaben des Landkreises bezeichnet er als gering. Obwohl die Kreisverwaltung ihren Informationspflichten gut nachkomme, seien die Bürger wegen der vielen verschiedenen Angebote teilweise überfordert, sich die notwendigen Informationen zu beschaffen. Deswegen solle der Landkreis die Arbeit der Kreisverwaltung in der Öffentlichkeit noch mehr erläutern.

Beschluss:

Der Landrat wird gebeten, unterstützend für mehr Politikverständnis der Landkreisbürger hinsichtlich der Arbeit von Politik und Verwaltung des Landkreises Rotenburg (Wümme) regelmäßig jeweils wesentliche Haushaltspositionen bzw. Produkte verständlich und anschaulich den Bürgern nahe zu bringen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	39
Nein-Stimmen:	6
Enthaltung:	5

Anschließend erläutert **Abg. Bruns** er habe sich der Stimme enthalten, weil der Landkreis auf diesem Gebiet nach seiner Auffassung gute Arbeit leiste.

Punkt 15 der Tagesordnung: **Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 23.03.2011: Abschiebestopp für bedrohte Minderheiten**
Vorlage: 2006-11/1125

Abg. Wölbern trägt den Antrag der SPD-Fraktion vor. In der Begründung werde auf ernst zu nehmende Persönlichkeiten und Institutionen Bezug genommen, die vor einer Abschiebung in den Kosovo warnen würden. Er spricht auch die besondere historische Verantwortung Deutschlands aufgrund der Ereignisse in den Jahren 1933 bis 1945 an. Das Problem der unterdrückten Minderheiten im Kosovo bestehe nach wie vor. Er sei verwundert über die Aktivitäten der Verwaltung aufgrund des Antrages seiner Fraktion, die sich mit Anfragen an das Nieders. Innenministerium gewandt habe und ein Schreiben des MdB Grindel mit einer Antwort des Bundesinnenministeriums vorlege. Das Schreiben des Innenministeriums gebe allerdings lediglich Formulierungen aus Erlassen und Gesetzen wieder, eine Bewertung der Situation fehle darin. Der in diesem Schreiben enthaltene Hinweis auf eine Beteiligung der SPD im Gesetzgebungsverfahren sei nicht sachgerecht. Es werde zwar angegeben, dass Probleme in der Anwendung des Rückführungsabkommens mit dem Kosovo nicht bekannt seien. Genaue Kenntnis habe man offenbar aber nicht. Ebenso gehe die Bundesregierung lediglich davon aus, dass im Kosovo keine Gefährdung aufgrund ethnischer Zugehörigkeit bestehe. Die Vorwürfe, die im Antrag enthaltene Forderung eines Abschiebestopps sei rechtswidrig und eine Aufforderung zum Rechtsbruch, hält er für nicht zutreffend. Der Landkreis solle eine entsprechende Aufforderung an den Innenminister richten. Die jetzige Abschiebep Praxis bezeichnet er als unmenschliches Handeln und fordert ein Umdenken. Wenn Zweifel an der Unversehrtheit der Menschen bestünden, dürfe keine Abschiebung durchgeführt werden. Er bitte um Zustimmung zum Antrag seiner Fraktion.

Landrat Luttmann geht auf den zeitlichen Ablauf der Angelegenheit ein. Bereits kurz nachdem sich Frau Ernst und Frau Saiti im April 2010 in das Kirchenasyl begeben hätten, habe ein Gespräch mit Vertretern der Kirche und der Ausländerbehörde stattgefunden. Dabei sei auch die Frage eines Antrages bei der Härtefallkommission angesprochen worden und es habe Konsens bestanden, dass ein solcher Antrag verfristet sei. Die den beiden Frauen angebotene Möglichkeit einer freiwilligen Ausreise sei abgelehnt worden. Superintendent Daub habe damals geäußert, mit einem kurzfristigen Kirchenasyl solle ein Nachdenken bei Politik und Landkreis erreicht werden. Er (der Landrat) habe bereits damals darauf hingewiesen, dass eine politische Lösung nicht beim Landkreis, sondern nur beim Innenministerium in Hannover zu erreichen sei. Die Kirchenvertreter hätten in den Folgemonaten jedoch keinen Kontakt dorthin aufgenommen, aber Oppositionspolitikern aus dem Land und dem Landkreis eine Plattform geboten. Er bezweifle, dass dies immer im Interesse der Betroffenen war. Ende des Sommers habe er Gespräche mit Herrn Daub abgebrochen, da kein konstruktiver

Dialog mehr möglich war. Hinzu kamen regelmäßig falsche Sachverhaltsdarstellungen. Mit Schreiben vom 14.10.2010 habe er den niedersächsischen Innenminister gebeten, den Frauen aus humanitären Gründen einen Verbleib in Deutschland zu ermöglichen. Der Innenminister habe am 06.11.2010 ablehnend geantwortet. **Landrat Luttmann** trägt sodann den Inhalt des Schreibens vor. Ebenfalls im November 2010 sei ein ärztliches Gutachten von Dr. Thiel beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge eingereicht worden, womit ein so genanntes Zielstaatsbezogenes Abschiebehindernis geltend gemacht wurde. Aufgrund dieses neuen Verfahrens sei es möglich gewesen, eine kurzfristige Duldung bis zur Entscheidung auszusprechen, die nach der Ablehnung verlängert wurde bis zur für Januar angekündigten Entscheidung der Härtefallkommission, die für die Frauen ebenfalls negativ endete. Daraufhin seien die Frauen zurück ins Kirchenasyl gegangen. Bei einem auf seine Initiative in Hannover geführten Gespräch mit Vertretern der Kirche und des Innenministeriums am 01.02.2011 wurde folgendes Vorgehen besprochen: Es sollte von den Frauen ein Eilverfahren beantragt werden, um die aufschiebende Wirkung der Klage gegen die Entscheidung des Bundesamtes herzustellen. Während dieses Verfahrens würde der Landkreis eine Duldung aussprechen. Im Falle einer negativen Entscheidung sollte einvernehmlich eine freiwillige Ausreise organisiert werden. Der Landkreis hatte für diesen Fall zugesagt, Kosten für Medikamente für Frau Ernst und Frau Saiti für mindestens fünf Jahre auch im Kosovo zu übernehmen. Der Kirchenkreis habe diesen Vorschlag jedoch abgelehnt. Stattdessen solle der Ausgang des ordentlichen Gerichtsverfahrens abgewartet werden, welches voraussichtlich mindestens ein Jahr dauern werde. Er frage den Kirchenkreis, warum die beiden Frauen in den 20 Jahren ihres Aufenthaltes in Deutschland trotz Betreuung durch die Kirche kaum bis keine Integrationsleistungen erbracht hätten und der Härtefallantrag nicht rechtzeitig gestellt worden sei. Er erhoffe sich vom Kreistag eine politische Unterstützung für sein Anliegen, eine freiwillige Ausreise von Frau Ernst und Frau Saiti innerhalb der nächsten drei Monate zu erreichen. Der Landkreis werde in diesem Fall weitere Unterstützung auch im Kosovo leisten. Abschließend macht **Landrat Luttmann** deutlich, dass die Frauen durchaus im Kosovo leben könnten, ohne dass dies einen Verstoß gegen die Menschenrechte darstelle.

Abg. Twesten stellt für die Fraktion BÜNDNIS90/GRÜNE folgenden Änderungsantrag:

2.) Der Landkreis Rotenburg wird aufgefordert, sich beim Niedersächsischen Innenministerium für ein dauerhaftes Bleiberecht der sich seit dem 26. April 2010 im Kirchenasyl der Auferstehungsgemeinde Rotenburg befindlichen beiden Roma-Frauen Selvije Ernst und Dulja Saiti einzusetzen.

Nachdem sich Frau Ernst und Frau Saiti fast 20 Jahre in Deutschland aufgehalten hätten und der Sohn von Frau Ernst sich in einer Berufsausbildung befinde, hätten sich die Frauen vor mehr als einem Jahr ins Kirchasyl begeben. Insbesondere für Frauen sei eine Abschiebung in den Kosovo aus humanitären Gründen nicht vertretbar. Frau Ernst und Frau Saiti könnten dort nicht allein leben, weswegen der Sohn seine Mutter in den Kosovo begleiten müsse. Das Kirchenasyl sei ein moralisches Instrument und stelle keinen Widerstand gegen die Staatsgewalt dar. Ihre Fraktion beantrage deshalb, den SPD-Antrag zu 2. dahingehend zu konkretisieren, dass sich der Landkreis für ein dauerhaftes Aufenthaltsrecht für Frau Ernst und Frau Saiti einsetzen solle. Außerdem beantrage sie, über die Punkte 1. und 2. des Antrages getrennt abzustimmen.

Abg. Frömming bittet die Mitglieder des Kreistages abzuwägen, inwieweit die persönlichen Verhältnisse von Frau Ernst und Frau Saiti in der heutigen Debatte in einer öffentlichen Sitzung diskutiert werden sollen.

Abg. Bargfrede erklärt, das Kirchenasyl dauere jetzt schon fast 15 Monate. Kurz nachdem die beiden Frauen sich dorthin begeben hätten, seien Vertreter aller Fraktionen des Kreistages bei der Kirchengemeinde in Rotenburg gewesen, um sich zu informieren. Dabei sei allen Beteiligten bewusst gewesen, dass der Landkreis nicht zuständig sei. Der Punkt 2. des SPD-Antrages stelle eine Aufforderung zum Rechtsbruch durch den Landkreis dar. Der Landkreis habe in diesem Verfahren kein Ermessen und müsse weisungsgebunden handeln. Amtliche Einschätzungen über die Lage im Kosovo würden sowohl in der heutigen Beratung als auch bereits in der letzten Sitzung des Sozialausschusses ignoriert. Deutschland werde seiner besonderen Verpflichtung gegenüber den Sinti und Roma mit der aktuell geltenden Rechtslage gerecht. Nach seiner Ansicht sei für die beiden Frauen im Kosovo ein menschenwürdi-

ges Leben möglich. Eine pauschale Gefährdung von Rückkehrern aufgrund ethnischer Zugehörigkeit gebe es nicht. Anhand verschiedener amtlicher Ausführungen geht er anschließend auf die derzeitigen Verhältnisse im Kosovo ein. Frau Ernst und Frau Saiti könnten dort von dem ihnen zur Verfügung stehenden Renteneinkommen durchaus leben. Wenn das anhängige Gerichtsverfahren abgeschlossen sei, müsse die Entscheidung von beiden Seiten akzeptiert werden. Sollte das Aufenthaltsrecht abgelehnt werden, müssten die Kirchenvertreter über die Möglichkeit einer freiwilligen Ausreise nachdenken. In diesem Fall würde der Landkreis die beiden Frauen für einen bestimmten Zeitraum auch im Kosovo durch die Finanzierung der notwendigen Medikamente unterstützen. Die geltenden Gesetze müssten beachtet werden, der Antrag der SPD-Fraktion sei abzulehnen. Dem Anliegen des Landrates könne gefolgt werden.

Abg. Lauber geht auf die gesundheitliche Situation der beiden Frauen ein. Frau Ernst und Frau Saiti könnten ihre Versorgung ohne die Hilfe durch die Mitglieder des Unterstützerkreises der Kirche oder des Sohnes von Frau Ernst nicht selbst regeln. Er weist darauf hin, dass beide Frauen Analphabeten und durch eine Abschiebung persönlich bedroht seien. Diese dürfe aus humanitären Gründen nicht vollzogen werden. Der Änderungsantrag seiner Fraktion sei deshalb konkret auf Frau Ernst und Frau Saiti bezogen.

Abg. Braunsburger hält die aktuellen Zustände im Kosovo für keineswegs in Ordnung. Von verschiedenen Institutionen würden die schlechten Verhältnisse im Kosovo bestätigt. Die von ihr beantragte Vorführung eines ZDF-Filmberichts über die aktuelle Lage im Kosovo sei im Sozialausschuss unter Hinweis auf die Geschäftsordnung des Kreistages abgelehnt worden. Mit ihrem Antrag wolle die SPD-Fraktion zeigen, dass nichts unversucht bleiben dürfe, um einen Abschiebestopp zu erreichen. Andere Kommunen hätten bereits entsprechende Beschlüsse gefasst. Sie bezeichnet dies als einen Akt der Menschlichkeit. Die Berufung auf eine fehlende Zuständigkeit sei kein Argument. Es dürfe nicht nur darum gehen, ob eine Abschiebung rechtmäßig sei, vielmehr dürfe eine Abschiebung ins Elend nicht durchgeführt werden. Obwohl eine Integration für Frau Ernst und Frau Saiti schwierig gewesen sei, hätten sie zumindest erreicht, dass der Sohn eine gute Schulbildung und Ausbildung bekommen habe. Sie bitte um Zustimmung zum Antrag ihrer Fraktion.

Abg. Steppat erklärt, er habe persönliche Gründe, sich für einen Verbleib der beiden Frauen in der Bundesrepublik auszusprechen. Ein Rechtsstaat müsse dies aushalten können.

Abg. Wölbern stellt nochmals klar, dass die SPD-Fraktion ihren Antrag nicht auf die beiden Frauen im Kirchenasyl bezogen habe und damit keine Aufforderung zum Rechtsbruch verbunden sei. Er beantragt, über den SPD-Antrag abzustimmen, nicht über den Ergänzungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/GRÜNE.

Abg. Twesten hält dagegen den Antrag ihrer Fraktion für weitergehend, über den als eigenständiger Antrag abgestimmt werden solle.

Landrat Luttmann schlägt vor, zunächst über den Antrag der SPD-Fraktion, anschließend über den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/GRÜNE abzustimmen.

Abg. Klee verlässt die Sitzung um 13.00 Uhr.

Kreistagsvorsitzender Brünjes lässt zunächst über den Antrag der SPD-Kreistagsfraktion abstimmen. Dieser wird mit 18 Ja- und 31 Nein-Stimmen abgelehnt.

Anschließend folgt die Abstimmung über den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/GRÜNE. Dieser wird ebenfalls mit 18 Ja- und 31 Nein-Stimmen abgelehnt.

Im Anschluss erläutert **Landrat Luttmann** zu seinem Abstimmungsverhalten, dass der Antrag der SPD-Fraktion Selbstverständlichkeiten wiedergebe. Aus der Bundesrepublik werde nicht in Länder abgeschoben, in denen Leib und Leben bedroht seien.

Abg. Braunsburger weist darauf hin, dass sie den ZDF-Filmbericht allen Kreistagsabgeordneten zur Verfügung stellen könne.

Auf die Frage der **Abg. Frömming**, ob die Vorführung eines Films in einer Ausschusssitzung durch die Geschäftsordnung ausgeschlossen sei, erklärt **Abg. Bargfrede**, die Geschäftsordnung des Kreistages enthalte hierzu keine explizite Regelung. In der Sitzung des Ausschus-

ses für Gesundheit, Senioren und Soziales sei über das Anliegen abgestimmt und dieses dabei mehrheitlich abgelehnt worden.

Abg. Graf von Bothmer spricht die Möglichkeit an, den Ausschussmitgliedern eine DVD vor der Sitzung zur Verfügung zu stellen. Grundsätzlich hätten vom Kreistag verabschiedete Resolutionen mehr Gewicht, wenn diese einstimmig beschlossen würden.

Die **Abg. Gudella-de Graaf** und **H. Blanken** verlassen die Sitzung um 13.15 Uhr.

Punkt 16 der Tagesordnung: **Antrag der CDU/FDP-Gruppe vom 16.05.2011: Einrichtung einer Arbeitsgruppe zur Planung des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) im Landkreis Rotenburg (Wümme)**
Vorlage: 2006-11/1144

Abg. Jaap erläutert den Antrag seiner Fraktion. Der ÖPNV im Landkreis dürfe nicht nur aus dem Schülerverkehr bestehen. Auch im Hinblick auf die Folgen des demografischen Wandels müsse über eine grundlegende Reform nachgedacht werden. Bis zur Neuauflage des Nahverkehrsplans für den Landkreis in zwei Jahren sei dies mit viel Arbeit verbunden, weswegen eine Arbeitsgruppe durch den Kreistag eingerichtet werden solle. Zur Zusammensetzung der Arbeitsgruppe schlage er vor, dass diese aus drei Mitgliedern der CDU-Fraktion, zwei Mitgliedern der SPD-Fraktion sowie jeweils einem Mitglied der übrigen Kreistagsfraktionen bestehen solle. Er bitte um Zustimmung zum vorliegenden Beschlussvorschlag.

Nach Ansicht des **Abg. Bussenius** stelle sich die Frage, warum dieser Antrag von der CDU/FDP-Gruppe jetzt gestellt werde. Gesellschaftliche Veränderungen hätten den Landkreis bereits seit längerer Zeit zu einem Umdenken beim ÖPNV veranlassen müssen. Es müsse energisch und konsequent an einer Verbesserung des Angebots gearbeitet werden. Gründe hierfür seien u. a. die steigenden Energiepreise und die knapper werdenden finanziellen Mittel der Familien. Aufgrund der Bedeutung des Schienenverkehrs von und nach Hamburg müsse die Anbindung an den HVV weiter verfolgt werden. Er werde dem Antrag zustimmen und regt an, auch bereits vorhandene Erkenntnisse z. B. aus dem Arbeitskreis Moorexpress in die Arbeit einzubeziehen.

Abg. Genter-Mickley führt aus, die SPD-Fraktion unterstütze den Antrag im Grundsatz. Er plädiere dafür, die Wähler über die Zusammensetzung der Arbeitsgruppe entscheiden zu lassen und diese nach der Kommunalwahl zu konstituieren. Viele Vorschläge aus dem Antrag der CDU/FDP-Gruppe seien deckungsgleich mit Vorschlägen der SPD aus vergangenen Jahren. Nachdem die CDU bisher den Fokus auf den Individualverkehr gelegt habe, müssten die Verbesserungen im ÖPNV nach seiner Auffassung nicht nur Berufspendlern, sondern allen Nutzern zugute kommen. Insgesamt gehe der Antrag in die richtige Richtung. Eine Erhöhung des Schienennetzes sei ein wichtiger Aspekt. Vermutlich werde es in der Arbeitsgruppe Reibungspunkte z. B. wegen der Integrierung des Schülerverkehrs in den ÖPNV und der Bereitstellung zusätzlicher finanzieller Mittel geben.

Kreistagsvorsitzender Brünjes erklärt, die Zusammensetzung der Arbeitsgruppe könne nach der Kommunalwahl neu festgelegt werden.

Beschluss:

Der Antrag der CDU-FDP-Gruppe vom 16.05.2011 zur Einrichtung einer Arbeitsgruppe zur Planung des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) im Landkreis Rotenburg (Wümme) wird beschlossen.

Die Arbeitsgruppe besteht aus 8 Abgeordneten (3 CDU-Fraktion, 2 SPD-Fraktion, je 1 FDP-Fraktion, WFB-Fraktion, Fraktion B90/GRÜNE).

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	47
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

Die **Abg. Detjen** und **Jaap** verlassen die Sitzung um 13.30 Uhr.

Punkt 17 der Tagesordnung: **Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 16.05.2011: Entwicklung eines Klimaschutzkonzeptes**
Vorlage: 2006-11/1156

Abg. Frömming erläutert die Notwendigkeit für die Erarbeitung eines Klimaschutz- und Energiekonzeptes für den Landkreis. Hierzu solle zunächst eine Bestandsaufnahme gemacht und darauf basierend ein Leitbild sowie ein Energieszenario bis zum Jahr 2050 entworfen werden. In vielen anderen Landkreisen gebe es bereits vergleichbare Konzepte.

Kreistagsvorsitzender Brünjes erklärt, der Antrag werde entsprechend § 7 Abs. 5 der Geschäftsordnung behandelt und vom Kreistag zur weiteren Beratung an den zuständigen Fachausschuss verwiesen. Der Antrag sei bereits zur Beratung in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Naturschutz und Planung vorgesehen.

Beschluss:

Der Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 16.05.2011 wird zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Planung verwiesen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	45
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

Punkt 18 der Tagesordnung: **Anfragen**

Abg. Dreyer fragt, nach dem Stand der Umsetzung des Kreistagsbeschlusses vom 07.05.2009 auf Einführung des Schutzengel-Projektes im Landkreis Rotenburg (Wümme).

Landrat Luttmann antwortet, der Landkreis Rotenburg (Wümme) habe zusammen mit der Polizei, den Verkehrswachen Rotenburg (Wümme) und Bremervörde-Zeven, dem ADAC Weser-Ems und der Feuerwehr ein Projekt mit dem Namen „CoPilot“ initiiert, das dem Schutzengel-Projekt vergleichbar sei, bei dem aber junge Frauen und Männer als „Schutzengel“ aktiv werden könnten. Die Auftaktveranstaltung zu dem Projekt solle im August 2011 stattfinden.

Abg. Dreyer fragt weiter, welche Möglichkeiten der Landkreis habe, im aktuellen Tarifstreit der Metronom-Eisenbahngesellschaft mit der Gewerkschaft der Lokführer auf die Parteien einzuwirken. Den zahlreichen Berufspendlern aus dem Landkreis seien die häufigen Zugausfälle aufgrund der wiederholten Streiks nicht länger zuzumuten.

Landrat Luttmann antwortet, der Landkreis sei nicht Mitglied im ZVBN und habe wenig Einflussmöglichkeiten. Er werde einen entsprechenden Appell an die Tarifparteien richten.

Abg. von Bothmer spricht den Eilantrag der SPD-Fraktion in Sachen Deponie Haaßel für die nächste Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Naturschutz und Planung an und fragt, ob in Anbetracht der bereits sehr umfangreichen Tagesordnung eine zusätzliche Sitzung anberaumt werden sollte.

Landrat Luttmann antwortet, entsprechend der Geschäftsordnung des Kreistages werde die Tagesordnung der Ausschusssitzung um den Eilantrag der SPD-Fraktion ergänzt. Sollte es nach dem Sitzungsverlauf erforderlich werden, bestehe die Möglichkeit zur Vertagung.

Punkt 19 der Tagesordnung: **Einwohnerfragestunde**

Der **Landrat** beantwortet Fragen von Einwohnern zur geplanten Bauschuttdeponie in Haaßel. Er verweist auf die rechtlichen Rahmenbedingungen für das Genehmigungsverfahren, insbesondere auf das für die Genehmigung zuständige Gewerbeaufsichtsamt Lüneburg und den Umfang der Beteiligung des Landkreises Rotenburg (Wümme) im Rahmen dieses Genehmigungsverfahrens. Der Landkreis Rotenburg (Wümme) sei weder Antragsteller noch Genehmigungsbehörde. Im Rahmen der Beteiligung würden auch die Belange des Naturschutzes berücksichtigt. Zu den Aussichten auf Genehmigung der sog. kleinen Lösung könne er nichts sagen. Es spreche einiges für die Genehmigung, da auf dem Gelände bereits eine Hausmülldeponie genehmigt worden sei. Dass privaten Investoren der Betrieb einer solchen Deponie überlassen werde sei keineswegs ungewöhnlich. Im Abfallbereich würden inzwischen zahlreiche Entsorgungsleistungen von Privaten ausgeführt. An dem geplanten „runden Tisch“ werde er zusammen mit Forstoberrat Cassier für den Landkreis teilnehmen.

Abg. Bussenius verlässt die Sitzung um 13.55 Uhr.

Nachdem keine weiteren Einwohnerfragen gestellt werden beendet **Kreistagsvorsitzender Brünjes** den öffentlichen Teil der Kreistagssitzung.

Die Zuhörer und die Vertreter der Presse verlassen den Sitzungsraum.

Kreistagsvorsitzender

Landrat

Protokollführer